

Franz Segbers

Die Kapitalismuskritik der Kirchen

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Prag am 28. November 2017

Kurz vor der Wende nahm ich im Herbst 1988 an einem Kongress teil, den evangelische Organisationen zum Thema „Wirtschaften im Jahr 2000“ in Westdeutschland veranstaltet haben. Die Veranstalter formulierten Thesen für den Kongress. Eine der einleitenden Thesen der Veranstaltung lautete: „In Markt- und Planwirtschaften hat die industrielle, technisch-wissenschaftliche bestimmte Entwicklung der Wirtschaft zu Widersprüchen geführt, die den sozialen Frieden, das Zusammenleben der Völker, Umwelt und Natur bedrohen.“ Das Jahr 2000 liegt nun lange hinter uns. Über ein Vierteljahrhundert später erschien im Jahr 2015 die Enzyklika von Papst Franziskus „Laudato si“. Die Enzyklika fordert, den ökologischen Ansatz mit dem sozialen zu verbinden. Die Thesen von 1988 und die Enzyklika stimmen darin überein, dass die Markt- und Planwirtschaften ein gemeinsames Problem haben. Was hier zur Debatte steht, hat nur begrenzt etwas mit Verteilungsfragen zu tun. Vielmehr wird offenbar, dass unsere Zivilisation strukturell nicht zukunftsfähig ist. Für die Kirchen steht deshalb die sozial-ökologische Transformation, die Klima und die soziale Spaltung zusammendenkt, schon lange auf der Tagesordnung.

Die Ereignisse des Jahres 1989 haben diese Probleme nur verdrängt. Alle – vielleicht mit Ausnahme von wenigen Altkommunisten – fanden den damaligen Sturz der Regime im Osten irgendwie gut. Das war anders als bei den großen Revolutionen von 1789, 1848 und 1917, an denen sich die Geister der Konservativen, Linken und Liberalen schieden. Diese Revolutionen im 19. und 20. Jahrhundert bildeten die Fixpunkte der politischen Ideologien und gesellschaftlichen Werte. Doch die Revolution von 1989 weckte keine derartigen Kontroversen. Die westlichen Gesellschaften und ihre akademischen Leitfiguren betrachteten die Revolutionen im Osten skeptisch und im Grunde unberührt. Jürgen Habermas, die wohl wichtigste Stimme politischer Philosophie in Westdeutschland, sprach von einer nachholenden Entwicklung. Nach dem kommunistischen Irrweg kehre man zurück auf den Entwicklungspfad des Westens. Er sprach gar davon, dass es im Herbst 1989 einen „völligen Mangel neuer und zukunftsweisender Ideen“¹ gab. Die entscheidenden Leitbegriffe für die Zeit nach 1989 waren die Rückkehr nach Europa und das Einholen. Die einen osteuropäischen Politiker verstanden die Ereignisse im Herbst 1989 als eine Rückkehr in die Kultur- und Wertegemeinschaft des demokratischen Europas; andere verfolgten mit dem Einholen das Projekt, den Thatcherismus, die neoliberale Form eines von staatlichen Eingriffen freien Kapitalismus, einzuführen. Doch auf der Strecke blieben dabei jene Werte, die ab November 1989 Millionen Menschen in ganz Ost- und Mitteleuropa auf die Straße gebracht haben. Ihr Ruf nach Freiheit wurde später auf die Freiheit einer freien entfesselten Marktwirtschaft reduziert. Nach so viel Staat und staatlicher Repression heißt Freiheit nur noch die Befreiung der Märkte von staatlichen Restriktionen. So wurde aus dem Systemwechsel 1989 nicht der Sieg einer sozial eingebetteten Marktwirtschaft, sondern ein Sieg des entfesselten Kapitalismus, der zu einer neuen Machtdemokratie avancieren sollte. Nicht wenige fühlten sich doppelt verraten: Zuerst wurden sie von einem schein-sozialistischen Unterdrückungsregime um jede humane Perspektive betrogen und dann sahen sie sich vor die Aufgabe gestellt, schlagartig und ohne Alternative in einen Anpassungsprozess an den Westen einzutreten. Die Ideale des Sozialismus waren gründlich

¹ Habermas, J., Die nachholende Revolution, in: ders., Kleine politische Schriften VII, Frankfurt 1990, Entwicklung, 181

verraten worden. Sie wurden von der realen Erfahrung der Gewaltherrschaft von Organen der Staatssicherheit verschluckt.

Mit dem Zusammenbruch 1989 entstand aber auch eine Welt, die wirklich global geworden war. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gab es ein einziges Wirtschaftssystem, ja Zivilisation von solch globaler Ausdehnung. Doch während die Mauer zwischen Ost und West fiel, blieb eine andere Mauer bestehen: Die zwischen Nord und Süd. Was das bedeutet, hat 1992 der chilenische Theologe Pablo Richard aus der Perspektive des armgemachten Südens so beschrieben:

„Heute zwingt man der ganzen Welt eine Neue Weltordnung auf, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Als einzige Alternative verordnet man uns eine Ökonomie des freien Marktes, in der die zum Bankett Geladenen das Ende der Geschichte feiern. Die Ausgeschlossenen (die große Mehrheit der Menschheit) werden als schuldige Opfer angesehen, deren Opferung unvermeidlich und dem Gott Moloch oder auch dem Mammon der Geschichte letztlich wohlgefällig ist.“²

Die Wiedervereinigung wird in diesem Bild zur Einladung an den Osten, nun mit dem Westen gemeinsam auf Kosten des Südens zu leben. Eher fällt die Mauer, die den Norden zwischen einem realsozialistischen Osten und dem kapitalistischen Westen getrennt hatte, als die Mauer, die den Globalen Süden vom Globalen Norden trennt. Doch nur wenige Jahre später zeigte sich, dass die Grenzen, die vormals Ost und West getrennt hatten, sich nur verschoben hatten. Europa wurde zu einer Festung, die ihre Grenzen zu Wasser und zu Luft abschottet – effektiver und tödlicher denn je. Über 23.000 Tote gab es seit dem Jahr 2000 an dieser Grenze. Das Mittelmeer ist zu einem großen Friedhof geworden. Die Mauern um Europa sind undurchdringlicher als sie zuvor war.

Zementierte Mauer zwischen Nord und Süd

Auf die Kirchen in Europa, die keine Grenzen kennen und immer schon ökumenisch denken, kommt deshalb etwas zugleich Zeitgemäßes und Ungleichzeitiges zu. Die westlichen Medien und auch große Teile der kirchlichen Öffentlichkeit waren über die klaren und radikalen Worte von Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ – (Die Freude des Evangeliums) vom November 2013 zutiefst irritiert und erschrocken. Denn der Papst schleuderte darin der gegenwärtig herrschenden Wirtschaft ein vierfaches Nein entgegen: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, Nein zur neuen Vergötterung des Geldes, Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen, Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Sein Resümee lautet: „Diese Wirtschaft tötet.“ Diese Worte waren ungewohnt. Sie passten nicht zu der abgewogenen Sprache des Vatikans. Der amerikanische Milliardär Kenneth Langone teilte dem New Yorker Kardinal Timothy Dolan umgehend mit, dass er wegen solcher Äußerungen des Papstes eine Millionenspende für die St. Patricks Kathedrale in New York zurückhalte. Und ein Mitglied des spanischen Königshauses soll einen ihm bekannten Kardinal gefragt haben: „Ist dieser Papst wirklich katholisch?“ Rainer Hank von der bedeutenden Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung meinte, der Papst habe trotz der starken Worte aber im Grunde nichts anzubieten außer das „Konzept Mutter Teresa in Kalkutta“ – also Barmherzigkeit und Almosen. Und dann bringt er seine Grundkritik auf den Punkt: „Dass es zur Überwindung der Armut Marktwirtschaft und Kapitalismus braucht, kann dieser Papst nicht sehen.“ (FAS 1.12.2013)

Eine große Ökumene der Kirchen von Rom bis Genf

² Richard, P., Die Abwesenheit und Offenbarung Gottes in der Welt der Unterdrückten, in: Concilium 1992, 299.

Während die Worte des Papstes weithin bekannt wurden, fanden die fast zeitgleich gefassten Beschlüsse der Zehnten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im November 2013, auf die fast 350 Kirchen aus der ganzen Welt in Busan (Südkorea) geeinigt hatten, keine öffentliche Aufmerksamkeit. Doch geradezu epochenmachend ist, die breite inhaltliche Übereinstimmung der fast zeitgleich erfolgten Äußerungen. Erstmals gibt es eine große Ökumene aller katholischen, evangelischen, orthodoxen und anglikanischen Kirchen von Genf bis Rom in einer klaren Ablehnung von Geist, Logik und Praxis des entfesselten Kapitalismus. Noch bevor die Kirchen in theologischen Fragen zu einer Ökumene gefunden haben, gibt es bereits eine große Ökumene der Kirchen von Rom bis Genf angesichts der entscheidenden Überlebensfragen dieses Globus. Diese große Ökumene in der Beurteilung des globalen Kapitalismus ist für die Kirchen in den Zentren des Kapitalismus zutiefst irritierend. Sie haben sich auch nur an jenen wenigen kapitalismuskritischen Seiten gerieben, aber dabei das Hauptanliegen überlesen: Die Menschen in den reichen Ländern und vor allem die Christen sollen den Schrei der Armen und der ausgebeuteten Schöpfung hören. Es ist der Schrei derer, die zu Hungerlöhnen Produkte herstellen, die im Norden billig konsumiert werden können, oder Arbeiter, die weltweit als Migranten auf der Suche nach Arbeit sind. Aber auch der Schrei über die ökologische Katastrophe mit ihren Stürmen, Überschwemmungen und Dürren. Die Kirchen drängen darauf, dass diese übersehenen Armen in ihrer Würde respektiert werden sollen. Das ist auch der entscheidende Ausgangspunkt der Sicht der Kirchen auf die Weltlage: Die Armen sind der Maßstab, an dem sich die Gerechtigkeit eines Wirtschaftssystems entscheidet. Die Kirchen nennen dies die Perspektive aus der Option für die Armen.

Deshalb ist auch diese große Ökumene der Kirchen höchst zeitgemäß, wenn sie auch für den Globalen Norden so unpassend daher kommt. Im Zentrum des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus würde man diese Übereinstimmung aller Kirchen in den entscheidenden weltweiten Überlebensfragen des Globus am liebsten ignorieren oder wenigstens verharmlosen. Doch erstaunlich ist diese Übereinstimmung nicht. Die Armen stellen weltweit die Mehrheit dar und inzwischen auch die Mehrheit des Christentums. Im Weltmaßstab sind die Kirchen längst zu einer Kirche der Armen geworden. Die Kirchen der Ökumene sind wie der Papst zu einer Stimme dieser Menschen geworden. Das Christentum ist zahlenmäßig längst zu einer nicht-westlichen Religion der Armen geworden. Diese Tatsache spiegelt sich in den Beschlüssen, Dokumenten und Aussagen aller Kirchen wieder. Mit dem ersten Papst aus Argentinien kündigt sich unübersehbar ein Perspektivenwechsel an, der für europäische Ohren ungewohnt ist: Die Zukunft des Christentums ist nicht in Europa sondern im globalen Süden zu finden. Die Armen im Süden aber auch in den Zentren des Nordens bestimmen die Themen, die auf der kirchlichen Tagesordnung stehen. Politisch gewendet bedeutet dies: Der Sturz der kommunistischen Regime bedeutet keineswegs das Ende der Geschichte. Dies mag eine Sicht des Nordens und Westens sein, ist aber keine globale Perspektive.

1. Analyse: Sozioökonomische Doppelkrise

Die triumphale Siegesgewissheit hielt nach 1989 nicht lange. Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise 2008 und dann kam unübersehbar mit den Flüchtlingen die Kehrseite des scheinbar erfolgreichen Wirtschaftssystems in Europa an. Europa wurde mit einer weltweiten Normalität von Krieg, Hunger und Not konfrontiert, vor dem sich Europa lange abschirmen konnte. Bislang bekam das Versagen der imperialen Weltordnung fast ausschließlich der globale Süden zu spüren. Doch jetzt klopfen die Verlierer und Opfer der Globalisierung an Europas Türen an und enthüllen das schöne Gerede von der Globalisierung. Die Geflüchteten sind das wahre Gesicht der gescheiterten neoliberalen Globalisierung. Sie nehmen das Versprechen der Globalisierung ernst und stellen die soziale Frage als eine globale Frage: Warum sind in dieser globalen Welt die einen arm und die andern reich?

Die sogenannte Flüchtlingskrise ist im Grund keine Flüchtlingskrise. Sie ist, wie Papst Franziskus eindrücklich beschreibt, eine Krise des gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus. Angesichts der Millionen, die nach Europa fliehen, sagte er im Jahr 2015:

„Das derzeitige Flüchtlingsphänomen in Europa ist nur die Spitze eines Eisbergs. Wir sehen diese Flüchtlinge, diese armen Menschen, die vor dem Krieg, vor dem Hunger flüchten [...] aber an der Wurzel gibt es eine Ursache: ein böses, ungerechtes sozio-ökonomisches System. Auch mit Blick auf die ökologische Krise gilt: Der Mensch muss im Zentrum des Systems, der Politik stehen. Doch das heute herrschende Wirtschaftssystem hat den Menschen an den Rand gedrängt und stattdessen den Gott Geld, das Idol der Stunde, ins Zentrum gerückt. ... Heute führt die Welt Krieg gegen sich selbst!“³

Der Papst benennt die Krisenursachen. Sie sind systemisch und haben ihren Grund darin, dass das herrschende Wirtschaftssystem nicht mehr den Menschen dienlich ist, sondern nur der eigenen Systemlogik dient. Diese Systemlogik entwickelt eine Dynamik, die auf Wirtschaftswachstum und Geldmehrung aus ist. Diese Logik drängt den Menschen an den Rand, macht ihn zu einer Nebensache. Von einer solchen Wirtschaft sagt der Papst: „Diese Wirtschaft tötet“. Fast gleichlautend hatte auch der Ökumenische Rat in Busan im Jahr 2013 in seinem Aufruf zum Handeln für eine Ökonomie des Lebens die Auswirkungen des herrschenden Wirtschaftssystems so beschrieben:

„Unsere ganze derzeitige Realität ist so voll von Tod und Zerstörung, dass wir keine nennenswerte Zukunft haben werden, wenn das vorherrschende Entwicklungsmodell nicht radikal umgewandelt wird und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zur treibenden Kraft für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Erde werden.“

Es zeigte sich, dass die Siegesgewissheit nach 1989 weltgesellschaftlich gesehen wohl eher provinziell war. Es gab kein Ende der Geschichte, auch kein Rückkehr in vermeintlich normativ Verhältnisse des Westens. Und das Aufholen mit einer Wirtschaftspolitik des entfesselten Marktes zeigt sich spätestens mit der Wirtschaftskrise 2008 als Sackgasse.

Selbst das Weltwirtschaftsforum in Davos war auf seinem Treffen im Januar 2017 zutiefst beunruhigt. Die internationale Hilfsorganisation Oxfam hat pünktlich zum diesjährigen des Forums in Davos die beeindruckenden Daten zur weltweiten sozialen Ungleichheit präsentiert. „Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verfügt über ein größeres Vermögen als der Rest der Weltbevölkerung. Acht Menschen haben ein größeres Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.“ Der scheidende US-Präsident Obama hatte Recht, als er auf seiner Abschiedsrede vor der UN-Vollversammlung im September 2016 sagte: „Eine Welt, in der ein Prozent der Menschheit über so viel verfügt wie die unteren 99 Prozent, wird niemals von Dauer sein können.“

2. Imperiale Lebensweise auf Kosten der Armen

Die Kirchen kritisieren nicht nur die Auswirkungen des Kapitalismus. Der Aufruf von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Busan nennt das Wirtschaftssystem ein „ungerechtes System“. Für den Papst ist der Kapitalismus „an der Wurzel ungerecht“. Der Kapitalismus ist als System und von der Wurzel her ungerecht. Deshalb hilft auch Caritas allein nicht, der Not beizukommen. Doch die Kirchen analysieren nicht nur die Folgen, sondern

³ http://rr.sapo.pt/noticia/34088/pope_i_trust_the_young_politicians_corruption_is_a_global_problem

auch was dieses System mit den Menschen macht. Das Wirtschaftssystem steht uns nicht wie ein unterdrückerisches Regime gegenüber. Wir sind ein Teil von ihm. Der Lebensstil des Westens ist attraktiv. Er wird global vermarktet und als Leitkultur propagiert. Die Firmen Coca Cola, C&A und H&M gibt es in Berlin und Prag genauso wie São Paulo oder Peking. Die dort angebotenen Produkte sind so billig, weil sie von billigen Arbeitskräften im Süden produziert werden, um die Lebensweise in den reichen Zentren aufrechterhalten können. Diese Lebensweise ist imperial, denn sie beruht auf den globalen Zugriff auf billige Arbeit und billige Ressourcen. Die Produkte sind so billig, weil der wahre Preis anderswo und von anderen bezahlt wird – von den Arbeitern und Arbeiterinnen in Bangladesch, China oder auf den Philippinen. Den wahren Preis zahlt der Süden, dessen Ressourcen ausgeplündert werden. Die Ausbeutung von billigen Rohstoffen und der Zugriff auf billige Arbeit im Süden gelten als unentbehrliche Grundlage für die Wachstum und den Wohlstand. Das Problem ist, dass diese imperiale Lebensweise auf Exklusivität beruht. Sie funktioniert nur, wenn nicht alle diese Lebensweise praktizieren. Deshalb führt die imperiale Lebensweise systematisch zu einem Ausschluss von Menschen.

Genau diese sozioökonomische Analyse wird von den Kirchen geteilt. So kritisiert Papst Franziskus, dass die reichen Länder einen Lebensstil praktizieren, der andere ausschließt. Er nennt dies eine „Globalisierung der Gleichgültigkeit“. Der Ökumenische Rat der Kirchen kritisiert einen imperialen Lebensstil, „der die Grenzen der Erneuerbarkeit der Erde und die Rechte der Menschen ... grundsätzlich geringschätzt.“ Die Kirchen sind die globale Stimme der Menschen, die den wahren Preis für die imperiale Lebensweise des Westens zu zahlen haben.

3. Bewertung und Widerstand: Kapitalismus als Götzendienst

Wir leben in einer Marktgesellschaft. Der Markt ist aber nicht nur äußerlich; er bestimmt längst das Denken der Menschen. Wer sich dem Markt und seinen Gesetzen widersetzt, den bestraft der Markt. Die Griechen können ein Lied davon singen. Sie wurden abgestraft, weil sie die Gesetze des Marktes nicht befolgt haben. Sie haben gesündigt und müssen jetzt Opfer bringen: Die Rente, den Sozialstaat, den Mindestlohn. Die Maßnahmen, die zu Armut und Verelendung in Griechenland geführt haben, treten im Namen der wirtschaftlichen Vernunft auf. Margaret Thatcher sprach davon, dass es keine Alternative gibt. There is no alternative. Dieses TINA-Prinzip hat sich im Denken festgesetzt. Längst ist der Markt zu einer alles bestimmenden alternativlosen Wirklichkeit geworden. Der Markt ist wirklich das höchste Wesen für den Menschen. Er übt eine Macht über das ganze Leben aus wie einst der christliche Gott. Versprochen wird, dass es für den Menschen gut sei, wenn er sich dieser Alternativlosigkeit beugt. Da wird ihm Reichtum und Wohlfahrt versprochen.

Was hier mit der Unterwerfung des Menschen unter anonyme Mächte der Ökonomie nur skizziert werden konnte, ist für die Kirchen der Kern ihrer Kapitalismuskritik. Es geht um die nüchterne Analyse: Was ist wirklich das höchste Wesen für den Menschen? Was ist die tatsächlich alles bestimmende Wirklichkeit? Nach dem Ende eines Zeitalters, das von Ideologien beherrscht war, will niemand mehr etwas von Ideologien hören. Die Wirtschaftspolitik tritt mit ihren Maßnahmen als Ausdruck ökonomischer Vernunft auf. Ökonomisches Denken beherrscht längst alle Bereiche des Lebens – ob in Schulen, Krankenhäusern Universitäten. Politiker empfehlen sich, Staaten wir Unternehmen führen zu wollen. So kann sich eine ideologiefreie Ideologie etablieren.

Um diese Erfahrungen auf den Begriff zu sprechen, greifen die Kirchen zu einem Begriff, der einer säkularisierten Gesellschaft fremd vorkommt. Eine Konsultation des Reformierten Weltbundes in Kapstadt kommt im Jahr 2001 zur Feststellung:

„Das gegenwärtige System, das von der hegemonialen imperialen Macht und ihren Alliierten geschützt wird, ist wie ein Krebsgeschwür. Es tötet das Leben von Menschen und zerstört die Natur, weil es alles Leben dem globalen Markt unterwirft, welcher auf Kapitalwachstum für die wenigen Eigentümer und das Finanzkapital zielt, anstatt darauf, die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen und für die Zukunft des Lebens zu sorgen.“

Die Stichworte sind hier: Das es ein imperiales Machtsystem gibt. Dieses System zerstört das Leben. Die Dynamik des Wirtschaftens zielt dabei nicht auf die Bedürfnisse des Menschen, sondern allein auf die Mehrung des Kapitals. Der entfesselte Markt, der Neoliberalismus, stellt sich als freier Markt dar. Er wird mit dem TINA-Prinzip verteidigt. Es gibt keine Alternative – lautet das Motto von Margret Thatcher. Er erwartet, dass Menschen sich unterwerfen und bereit sind, Sparmaßnahmen in der Austeritätspolitik zu akzeptieren oder die Rente zu kürzen. Menschen werden also zu Opfern gegenüber der Wirtschaft als höchster Macht ermahnt. Die Unterwerfung unter diese höchste Macht wird gefordert, damit die Wirtschaft wieder hergestellt wird.

Um diese alternativlose Unterwerfung unter eine fremde Macht auf einen Begriff zu bringen, greifen die Kirchen auf den biblischen Begriff des Götzendienstes zurück. Beim Götzendienst lassen sich Menschen von einer Macht beherrschen, vor der sie ihre Knie beugen und ihr sogar opfern. Der Propheten Jesaja beschreibt in der Bibel, wie Menschen sich Götzen selber fabrizieren: „Sie machen sich ein Götterbild, vor dem man sich hinkniet, zu dem man betet und sagt: Rette mich, du bist mein Gott!“ (Jes 44 17) Diesen Sachverhalt meinte der Lutherische Weltbund, als er auf seiner Zehnten Vollversammlung 2003 in Winnipeg eine Wirtschaftsdoktrin als einen „Götzendienst“ verurteilte, die vom Menschen verlangt, dass er sein unbedingtes Vertrauen auf Marktgesetze setzt. Nur ein Jahr später kritisierte der Reformierte Weltbund auf seiner 24. Generalversammlung in Accra, Ghana, den Neoliberalismus als eine Ideologie, die mit dem Anspruch auftritt, „alle Lebenssphären beherrschen zu wollen und absolute Gefolgschaft verlangt“. Das komme einem Götzendienst gleich. Papst Franziskus schließt sich dieser theologischen Bewertung und Kritik der lebensfeindlichen Folgen eines entfesselten Kapitalismus an, wie sie in der Ökumene bereits seit Jahrzehnten entwickelt wurden. Der Kapitalismus produziert nicht nur Güter, sondern auch eine Macht, die über den Menschen herrscht. Nicht der Mensch ist dann das höchste Wesen, das herrscht, sondern er wird beherrscht. Die Kirchen kritisieren, dass die vermeintlich säkularen Gesellschaften gar nicht so säkular seien, sondern Götzen verehren.

Die Kirchen kritisieren ein Wirtschaftssystem, das den Vorrang des Menschen leugnet. So sagt Papst Franziskus: „Einer der Gründe dieser Situation liegt in der Beziehung, die wir zum Geld hergestellt haben, denn friedlich akzeptieren wir seine Vorherrschaft über uns und über unsere Gesellschaften. Die Finanzkrise, die wir durchmachen, lässt uns vergessen, dass an ihrem Ursprung eine tiefe anthropologische Krise steht: die Leugnung des Vorrangs des Menschen! Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“ (EG 55). Die Götzen, von denen der Papst spricht, sind Markt und Geld. Sie organisieren, dass sich eine Wirtschaft als alternativlos etablieren konnte, die nicht dem Ziel dient, das Leben aller Menschen zu verbessern. Sie legitimieren eine erbarmungslose Politik. Diese Diktatur ist

inhuman: „Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen. In diesem System, das dazu neigt, alles aufzusaugen, um den Nutzen zu steigern, ist alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergöttlichten Marktes, die zur absoluten Regel werden“ (EG 56). Es wird ein wirtschaftlicher Mechanismus zur unumstößlichen und absoluten Regel. Ihn einzuhalten ist sogar wichtiger, als auf den Menschen und die Natur Rücksicht zu nehmen. Alles Menschliche und auch die Natur ist ihr wehrlos ausgeliefert. Man beraubt den Menschen seiner Würde und liefert ihn den Mechanismen aus. Die unendliche Geldgier treibt das System an und schafft doch nur Zerstörung. Wenn sich alles um das Kapital dreht, sich alles den Erfordernissen des Kapitals untergeordnet wird, wenn das Kapital die Wünsche und Hoffnungen der Menschen bestimmt, dann wird aber der Mensch zum Sklaven und er verehrt das Geld. Der Papst spricht sogar von einer „unsichtbaren Tyrannei“ (EG 56). Logik der Gewinnmaximierung ist systemimmanent. Das führt wiederum dazu, dass diese Mechanismen göttlichen Rang gewinnen und der Vorrang des Menschen ruiniert wird. Die Kirchen sind Humanisten. Der Mensch, das Humanum, ist für sie der oberste Wert ist, dem alles andere unterzuordnen ist.

Dieser Götzendienst ist nicht bloß bildlich zu verstehen, sondern im eigentlichen Sinn analytisch. Die Pointe nämlich ist, dass der Mensch sich einer Macht unterwirft, die wirkliche Macht über ihn ausübt. Der Papst stellt deshalb wie auch die Kirchen der Ökumene die Frage: Was ist die alles bestimmende Wirklichkeit? Was funktioniert als Gott auch in vermeintlich säkularen Gesellschaften? Die Gottesfrage wird also nicht auf die Metaphysik bezogen, ob Gott existiert oder nicht, sondern religionskritisch wird analysiert, was als Gott in einer Gesellschaft funktioniert. Die Antwort, die sie mit dem Götzenbegriff geben, geht über eine bloß ethische Kritik hinaus. Die Rede vom Götzendienst ist eine Aufklärung darüber, wer über Menschen herrscht. Sie fordert aber auch Widerstand im Sinne eines A-theismus. Die theologische Götzenkritik will Menschen zu A-theisten machen, die Widerstand dagegen leisten, dass der Markt zu einer alles bestimmenden Macht im Leben des Menschen und der Gesellschaft wird. Dieser A-theismus verbindet alle Humanisten, sind sie nun Christen oder säkulare A-Theisten.

Das neoliberale Wirtschaftsmodell ist gescheitert. Die Armen waren die ersten, die unter dem Scheitern zu leiden hatten. Ungleichheit, niedrige Steuern für die Reichsten und globaler Wettbewerb um niedrige Sozial- und Umweltstandards führen nicht zum versprochenen Wohlstand für alle. Deregulierung der Märkte und Privatisierung der öffentlichen Aufgaben sind nicht mehr die Lösung des Problems sondern die Ursache. Damit der Blick auf die wahren Ursachen frei wird, muss auch die Ideologie entlarvt werden, die den Blick verstellt. Im Römischen Reich gab es einen Götterhimmel voller Götter. Jeder durfte den Gott verehren, den er verehren wollte. Doch wer den zentralen Kult der Verehrung des Kaisers als Sohn Gottes verweigerte, wurde wie die Christen als Atheist verfolgt. So wie damals Christen sich der Verehrung des Kaiserkultes versagten, so müssen sie sich auch heute der Verehrung des Götzen Geld verweigern. Sie müssen wie alle säkularen Humanisten auch wieder zu A-theisten der Religion des Kapitalismus werden und Widerstand leisten. Gegen die Unterwerfung unter den TINA-Kult muss Widerstand geleistet werden, um Alternativen für eine Wirtschaft zu entwickeln, die dem Leben aller dient.

Dr. Franz Segbers ist alt-katholischer Theologe, war bis 2011 Referent für Arbeit, Ethik und Sozialpolitik im Diakonischen Werk Hessen und Nassau, bis 2014 Professor für evangelische Sozialethik an der Universität Marburg, er hatte mehrere Gastprofessuren auf den Philippinen inne.